

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle
Tageblatt Riesner
Grenzstr. 22.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptamts Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagskonto
Dresden 1330.
Groschke
Riesner Nr. 22.

Nr. 275.

Sonntag, 26. November 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetags sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Die Antwort des Duce.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die politische Lage Europas in den letzten Wochen durch eine Fülle von verschiedenen Ereignissen recht erhebliche Gefahrenmomente erhalten hat. In Italien und in Rußland glaubt man, die plötzliche Krise Mussolinis nach Wien mit recht aggressiven Plänen Polens in Einklang bringen zu müssen. In Rumänien hat das plötzliche Ableben des Ministerpräsidenten Ionel Brătianu die innerpolitische Lage recht bedenklich verschärft. Jetzt hat auch Mussolini ein gutes Teil zu einer weiteren Spannung der europäischen Verhältnisse beigetragen. Wie seinerzeit Irland und die französische Presse den Abschluß des französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages als eine "Tat des Friedens" bezeichneten, so äußert auch jetzt nicht der Duce, den Abschluß eines italienisch-albanischen Defensiv-Bündnisses als ein Werk hinaustellen, das nur dem "Frieden" dienen solle. Also Unehrlichkeit hier und Unehrlichkeit dort. Das Traurige und vielleicht Kennzeichnende dieser Unehrlichkeit ist, daß sie recht durchsichtig ist und keinen Menschen darüber hinwegtäuscht, was in Wirklichkeit der Untergrund dieser italienischen und französischen Politik ist. Beide Abschlüsse haben nur den Zweck einer Drohung. Sie schaffen beide sachlich nichts Neues. Wie seit langem bekannt war, daß Frankreich Belgrad als seinen besten Bundesgenossen auf dem Balkan betrachtete, so war es auch seit langem bekannt, daß Albanien der Einfluss-Sphäre Roms eingegliedert sei. Die beiden Paktabschlüsse können daher nur als Formalitäten bewertet werden, da sie ja tatsächlich nur selbstverständliche Folgerungen der bereits seit langem bestehenden Bindungen sind.

Wenn Frankreich zwei Jahre lang abgerte, den ausgearbeiteten, auf dem Papier fix und fertig vorliegenden Freundschaftsvertrag mit Südslawien zu unterzeichnen, so lag diese Unentschlossenheit der Pariser Regierung in der Erkenntnis des Einbruchs, den die Unterschriftleistung in Rom unbedingt auslösen mußte. Somit gesagt ist, daß Frankreich den aggressiven Charakter des formellen Abschlusses eines Freundschaftsvertrages mit Südslawien wohl erkannt hat. Paris unterzeichnete schließlich doch, und zwar in einem Augenblick, wo eine neue, wesentliche Verschärfung der französisch-italienischen Beziehungen eingetreten war. Die Unterzeichnung des südslawisch-französischen Vertrages war die Pariser Antwort auf den "Pantherprung" Mussolinis. Der Abschluß des italienisch-albanischen Defensiv-Bündnisses war die Antwort des Duce auf diese französische Herausforderung. Antwort auf Antwort, nach der Devise: anderthalb Reil auf einen Reil zu geben. "Pantherprung" und die beiden letzten Vertragsabschlüsse erzählen der Welt, wie schon oben ausgeführt, nichts Neues. Sie waren nur Werten, Warnungen, Drohungen. Schließlich auch die Verfräumdung des politischen und strategischen Aufmarschplanes der beiden großen Mittelmeer-Mächte. Als bittere Erkenntnis bleibt das Bemühen sowohl der Herren am Tiber wie auch der Herren an der Seine, diese Paktabschlüsse als das Werk einer Friedenssicherung und der Konsolidierung der europäischen Lage hinaustellen.

Wie gesagt, die beiden Paktabschlüsse zeichnen in großen Umrissen den Aufmarschplan Frankreichs und Italiens auf. Die Spitzen dieses Aufmarschplanes treffen sich auf dem Balkan, diesem ewigen Weidewinkel Europas. Es wäre falsch, diesen Aufmarschplan als abgeschlossen zu betrachten. Strategisch und wirtschaftlich wird das albanische Bündnis Italien wenig nützen. Die wirtschaftliche und politische Bestärkung Albanien aber sichert Mussolini das Ausfalltor nach dem Balkan. Die Rede der italienischen Regierung sind schon recht erkennbar ausgelegt. Und es ist keine allzu schwierige Aufgabe, die weitere Richtung und die Endziele der russischen Balkanpolitik abzulesen. Man hört, daß die Verlobung Königin Boris' von Bulgarien mit einer Tochter des italienischen Königs bevorsteht. Diese neue dynastische Bindung ist gewiß nicht unpolitisch. Das magdonische Problem, der Janakapfel des südslawischen und bulgarischen politischen Balkanplans, dürfte sich recht wohl in die Ziele des strategischen Aufmarschplanes Mussolinis einreihen. Wenn in englischen Kreisen nach dem Bekanntwerden des italienisch-albanischen Bündnisses die Befürchtung laut wurde, daß auch Ungarn an diesem Pakte, wenn auch nur durch ein Nebenabkommen, beteiligt sei, so spricht recht viel für die Wahrscheinlichkeit dieser Annahme. Bleibt man zu diesen, allerdings in der Entwicklung sich noch befindlichen Bindungen noch die neue freundschaftliche Zuspaltung der innerpolitischen Lage Rumäniens, die völlige Ungewißheit des außenpolitischen Kurzes, den Bularek nach dem Tode Brătianus einschlagen wird, so wird man der italienischen Balkan-Politik gewisse Aussichten nicht abschreiben können.

Beide Verträge, sowohl der südslawisch-französische als auch der Pakt Mussolinis mit Albanien, sollen beim Völkerbunde registriert werden. Da wohl keiner der Herren am grünen Tisch zu Genf einen Augenblick über den Charakter und die bedrohliche Tendenz dieser neuen "Freundschaftspolitik" im Zweifel sein dürfte, und der Völkerbund, wie seine Satzungen es wenigstens befragen, der Befriedung Europas dienen will, so darf man mit etlicher Spannung der Aussprache entgegensehen, die Genf dem ozeanischen Problem auf Grund der neuen Ereignisse nicht abschreiben lassen wird.

Der Dampfer „Mexiko“ wieder flott.

Der der Ward-Linie gebörige Passagierdampfer „Mexiko“, der in der Nähe von Veracruz auf Grund geraten war, ist wieder flott geworden. Der Dampfer hat in zwei leicht Beschädigungen davongetragen.

Der Reichsfinanzminister über den neuen Etat.

Der Reichsetat schließt ohne Fehlbetrag ab.

Berlin, 26. November. (Telunion.) In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte sich Reichsfinanzminister Dr. Brüder ausführlich zu dem Reichsetat für 1928.

Der Minister wies einleitend daraufhin, daß bei der Aufstellung des Etats Wert auf Klarheit und Durchsichtigkeit sowie auf die Möglichkeit der Veranschaulichung gelegt worden sei. Die Etatgestaltung hätte unter dem festen Willen stehen müssen, unter seinen Umständen einen Defizitetat aufzustellen. Das sei auch erreicht worden. Drei wesentliche Merkmale zeige der neue Etat.

1. Schließung des Gesamtetats ohne Fehlbetrag ab.
2. Sei keine neue Anleiheermächtigung für das Rechnungsjahr 1928 vorgesehen.
3. Zeige er den festen Willen die Anleiheermächtigungen der Jahre 1926 und 1927 durch besondere Tilgung zu ermäßigen. Vor allem seien die Verwaltungsausgaben in einem Maße gedrosselt worden, das bis an die Grenze der Aufrechterhaltung der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung gehe. Bei einer Zusammenfassung der ordentlichen und

außerordentlichen Einnahmen ergebe der Gesamtertrag für 1928 gegenüber 1927 einen Mehrbedarf, der noch nicht einmal die volle Höhe des zwangsläufigen Mehrbedarfs für Reparationsleistungen erreichte, trotzdem das neue Besoldungsgesetz und das Liquidationsschadensersatzgesetz in den Etat mit eingerechnet seien. Der Minister gab dann eingehendes Zahlenmaterial. Danach schließt der Gesamthaushalt für 1928 gegenüber dem 1927 von 9135 Millionen mit 9502 Mil. ab.

Der ordentliche Haushalt schließt in seinem Bruttoergebnis mit 8556 Millionen gegenüber einem Soll für 1927 von 8058 Millionen, also mit einem Mehr von 497 Millionen ab. Der Nettohaushalt — also nach Abzug der Uebereweisungen an die Länder in Höhe von 3218 Millionen — stellt sich für 1928 auf 5238 Millionen, für 1927 auf 5766 Mil., so daß sich trotz der mehrfach genannten zwangsläufigen Mehrausgaben nur ein Mehr von 528 Millionen ergibt.

Zum Schluß erklärte der Minister, daß es ihm darauf angekommen sei, keinen krisieren oder irgendwie verschleierten Etat aufzustellen. Der Reichsetat 1928 sei jedenfalls gesund, wenn er auch keinerlei nennenswerte Reserven enthalte.

Shurman über Deutschlands Wirtschaftslage.

New York. (Frankfurt.) Der amerikanische Botschafter in Berlin Shurman erklärte bei seiner Ankunft in New York auf eine Bemerkung hin, daß der letzte Bericht Parker Gilberts über den Verlauf deutscher Währungsbeeinträchtigungen. Auf Grund seiner eigenen Beobachtungen könne er sagen, daß Deutschland im wesentlichen seine Auslandsanleihen mit großem Vorteil verwendet habe und fügte hinzu: Die deutschen Staatsanleihen finden vielfach ihre Verwertung in dem weiteren Aufgabenkreis der Städte, was man in Amerika zwischen Banken. Die Anleihen wurden Deutschland nicht von den Bankiers aufgedrängt. Selbst die Kritiker in Deutschland wagen nicht, zu behaupten, daß die Mehrheit der Anleihen verschwendet wurde. Eine Kontrolle gibt es in Deutschland selbst. Eine Minderheit erklärt dort, daß zu viel Anleihen ausgenommen worden seien, während die Mehrheit die Vorteile der Auslandsanleihen hervorhebt. Der Gedanke einer deutsch-amerikanischen Milliarde ist ein Paradoxiem aus der Nachkriegszeit. Der Vertrag von Locarno beweist, daß Deutschland auch mit den Westmächten

in Frieden leben will. Deutschland will keine Probleme friedlich lösen. Was die Reparationszahlungen betrifft, so muß die Zukunft auf Grund der Vergangenheit beurteilt werden. In der Vergangenheit hat Deutschland keine Verpflichtungen voll und pünktlich erfüllt. Es ist entsetzlich, in der Zukunft sein mögliches zu leisten. Jedenfalls gibt es keine Probleme, die nicht friedlich gelöst werden können, sofern Bereitschaft zur Verständigung und Verständnis auf beiden Seiten vorhanden sind.

Der Botschafter hob nochmals die Besserung der deutschen Wirtschaftslage hervor, die infolge der amerikanischen Anleihen möglich geworden sei und erklärte, besonders sei das Wiederauffleben der deutschen Schiffahrt und die Erhebung der verlorenen Schiffe erwähnenswert.

Der außerordentliche Haushalt ist in dem eben genannten Gesamtertrag mit 146 Millionen enthalten, die völlig ohne neue Inanspruchnahme des Anleihekontos gedeckt werden.

Das Reichskabinett über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern.

Berlin. Das Reichskabinett beschäftigte sich in der Sitzung vom 25. November mit dem Problem des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, insbesondere mit Beziehung auf Charakter und Verwaltungsreform.

Es beschloß, der in der zweiten Januarwoche stattfindenden Konferenz mit den Ministerpräsidenten und Vertretern der Länder folgende Fragen zu unterbreiten:

1. Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern,
 2. Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamer Finanzwirtschaft,
 3. Verwaltungsreformen in Reich und Ländern.
- Ueber die Verteilung von Berichtskonten zu diesen Fragen finden noch Verhandlungen mit den Ländern statt.

London zur Abrüstungsfrage.

London. (Telunion.) Wie der „Manchester Guardian“ berichtet, ist nach dem Fehlschlag der Flottenabrästungskonferenz in Genf ein gewisser Meinungswechsel in der Haltung der britischen Regierung zu der Frage der Abrüstung zu verzeichnen. Während bisher die Erklärung Sir Austen Chamberlains in dieser Frage durchweg den Eindruck hervorrief, daß Großbritannien sich mehr die französische als die deutsche These zu eigen macht, scheint die britische Regierung unter dem Druck sowohl der kontinentalen und amerikanischen Blätter über den Genfer Fehlschlag, wie der zunehmenden Abrüstungskampagne in Großbritannien geneigt zu sein, die Frage der Abrüstung vor der der Sicherheit zu behandeln. Mit entsprechenden Instruktionen an Lord Curzon ist, nach dem „Manchester Guardian“, zu rechnen. Die geistigen Erklärungen Sir Austen Chamberlains im Unterhaus werden trotz ihres betont negativen Einschlags als Beweis dafür angesehen, daß die britische Regierung selbst den Wunsch hat, sich eine ärmlichere Position in dieser Frage zu verschaffen.

Boß gegen Schacht.

Dessau. (Telunion.) In einer von der Demokratischen Partei veranstalteten Wählerversammlung führte gestern der Berliner Oberbürgermeister Boß aus: Dr. Schacht habe kürzlich in Dessau die Auffassung vertreten, daß die deutschen Kommunen sich zu hätten einrichten sollen mit ihren Ausgaben, daß überhaupt keine Auslandsanleihen für sie erforderlich gewesen wären. Schacht scheint aber doch offenbar über die kommunalen Verhältnisse nicht so unterrichtet zu sein, daß er die Lage im ganzen beurteilen könne. Er meine aber doch, daß auch ein so kluger und so sehr für die Sache des Volkes eingestellter Mann die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft erkennen müsse und daß ein Weg gefunden werden müsse, auf dem man sich verständige über das, was notwendig sei. Die kommunalen Verhältnisse seien die unmittelbaren Stützen der Wirtschaft. Was sollte werden, wenn irgendein Elektrizitätswerk nicht mehr in der Lage sei, den notwendigen Strom zu liefern, was sollte werden, wenn man die Wirtschaft rationalisierte? Was werde aus den Menschen, die in den kommunalen Werken Beschäftigung gefunden hätten, aus den Handwerfern, handeltreibenden Unternehmen? Vor allem, was werde aus den Kommunen selbst? Können wir unsere Straßen ausruhen lassen? Brauchten wir keine Badeanstalten, keine Spielplätze, keine Parks? Mühten nicht die Menschen, die tagsüber arbeiteten und häufig sehr weite Wege bis zu ihrer Arbeitstätte zurücklegen hätten, auch die Mühseligkeit haben, für Körper und Geist zu sorgen? Können wir es verantworten, diese Arbeitskraft zu schädigen oder zugrunde gehen zu lassen? Bei allen diesen Dingen handele es sich um unabwendbare Bedürfnisse. Was für diese Zwecke erforderlich sei, müsse die Wirtschaft leisten.

Das neue Mietkündigungsverfahren im Ausschuß angenommen.

Berlin. Der Wohnungs-Ausschuß des Reichstags führte am Freitag die Aussprache über das neue Kündigungsverfahren zu Ende. Die entsprechenden Teile des Regierungsvorlages zur Änderung des Mietrechts-Gesetzes wurden mit geringen Änderungen, die sich aus Vorschlägen der Regierungsparteien ergaben, angenommen.